

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Deinhardt, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Pettizeile oder deren Raum 60 Pfg.
Wergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Das Krisenjahr 1908.

Im Jahr 1908 werden viele unserer Kollegen nur mit Grausen zurückdenken. Denn es brachte ihnen verlorene Arbeits- und Verdienstlosigkeit. Viele tausend Kollegen mußten wochen- und monatelang feiern und fasten, mehr noch mußten bei verringerter Arbeitszeit und schmälertem Verdienst arbeiten. Bei gar manchem Holzarbeiter war die graue Not zu Gast. Wahrlich, es war ein schweres Jahr, und daß unsere Kollegen es auch nur durchhalten konnten, das verdanken sie allein den guten Einrichtungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Nach den Ausweisen unseres Verbandes nahmen im Jahre 1908 36 000 Kollegen in unserem Verband Arbeitslosenunterstützung in Anspruch. Im Jahre 1906 waren es deren nur 16 700. Arbeitslosenunterstützung wurde im Jahre 1908 für 680 000 (1906 für 250 000) Tage gezahlt. Selbstverständlich ist die Zahl sowohl der Arbeitslosentage wie der Arbeitslosen erheblich größer. Denn bei den letzteren mußte die Zahl der nichtunterstützungsberechtigten wie der ausgesteuerten Kollegen, die nicht ermittelt worden ist, zugezählt werden, bei den Arbeitslosentagen die Krankentage der Unterstützung beziehenden Kollegen und die Arbeitslosentage der reisenden sowie der nicht unterstützungsberechtigten arbeitslosen Kollegen. Danach ergibt sich eine Gesamtsumme von weit über 1 Million Arbeitslosentage, was bei einem Durchschnittsverdienst von 4,20 Mark (wie er 1906 durch unsere Lohnstatistik ermittelt worden ist) einen Lohnausfall von rund 4 1/2 Millionen Mark bedeutet.

Der Verband hat in dieser Situation im Interesse der Kollegen getan, was er nur tun konnte. Aus der Zentralkasse wurden nach einer vorläufigen Schätzung im Jahre 1908 an die Mitglieder Arbeitslosenunterstützung in Höhe von rund 940 000 (im Jahre 1906 326 000) Mark verausgabt, außerdem aber von den Lokalkassen rund 750 000 Mark. Das heißt, im letzten Jahre sind vom Verband weit über 1 1/2 Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung gelangt. Mehrfach ist man in größeren Zahlstellen dazu übergegangen, sogenannte ausgesteuerte Kollegen noch besonders zu unterstützen.

Neben der Arbeitslosenunterstützung sind von seiten des Verbandes im letzten Jahre rund 160 000 Mk. an Reiseunterstützung, rund 1 070 000 Mk. an Krankenunterstützung verausgabt worden. Die Gesamtaufwendung des Verbandes an Arbeitslosen-, Reise- und Krankenunterstützung im Jahre 1908 belief sich also auf annähernd 2 Millionen Mark. Das ist eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Durch sie sind unsere Kollegen vor der äußersten Not bewahrt geblieben. Dagegen haben die unorganisierten Holzarbeiter, die sich bisher entweder hartnäcklich weigerten, sich dem Verband anzuschließen oder die dem Verband den Rücken gekehrt haben, die ganze Schwere der Krise ertragen müssen. Vielleicht sind diese Kollegen durch Schäden nun klug gemacht worden und werden bald eifrige Verbandsmitglieder.

Bezeichnenderweise wurde im letzten Jahre trotz der Ungunst des Geschäftslebens eine umfangreiche Lohn- und Streikbewegung geführt. Es sind im Jahre 1908 vom Verband geführt worden:

54 Angriffsstreiks	1714	Beteiligte
dabei ohne Streik bew.	282	"
153 Abwehrstreiks	8476	"
38 Aussperrungen	8121	"
14 Mai-Aussperrungen	5608	"
189 Angriffe ohne Streik	19815	"
41 Abwehrungen ohne Streik	1218	"
489 insgesamt	35284	Beteiligte
788 im Jahre 1907	56955	"
1286 " " 1906	68938	"

Wir sehen, eine ganz respektable Bewegung. In früheren Krisenjahren war die Lohnbewegung lange nicht so umfangreich. Die Ursache dieser Wandlung bildet der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe.

Diese Organisation hat wiederum die im Vorjahre abgelaufenen Verträge gekündigt, so daß wir ganz gegen unseren Willen in dem Krisenjahr 1908 zu einer umfangreichen Lohnbewegung und zu — Erfolgen kamen, mit-

denen man angesichts der ganzen Situation immerhin zufrieden sein kann. Wurden doch sofort für 3864 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 2,37 Stunden pro Woche, für 17 444 Kollegen eine Lohnerhöhung von 1,09 Mk. im Durchschnitt pro Woche erreicht; ferner treten nach den vertraglichen Vereinbarungen später in Kraft: für 9983 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von 1,18 Stunden im Durchschnitt pro Woche und für 9394 Kollegen Lohnerhöhungen von 1,24 Mk. im Durchschnitt pro Woche.

Auch in der Abwehr sind Erfolge erzielt worden. So konnten für 208 Kollegen eine ihnen angebotene Arbeitszeitverkürzung von 1,72 Stunden im Durchschnitt die Woche, für 1655 Personen Lohnkürzungen in Höhe von 2,97 Mk. im Durchschnitt pro Woche abgewehrt werden. Arbeitszeitverkürzungen traten nur ein für 34 Kollegen in Höhe von durchschnittlich 3 Stunden pro Woche, und Lohnkürzungen erfolgten für 512 Kollegen im Durchschnitt in Höhe von 3,63 Mk. die Woche.

Die Kosten sämtlicher Streiks und Aussperrungen, die der Verband im Jahre 1908 zu führen hatte, betragen:

Angriffsstreiks	102 312,47	Mk.
Abwehrstreiks	128 351,27	"
Aussperrungen	190 036,66	"
Summa	420 700,40	Mk.

Soviel über die vorläufigen Ergebnisse der Tätigkeit des Deutschen Holzarbeiterverbandes im Jahre 1908. Sicher ist, daß uns dieses Jahr viel Sorge und Not gebracht hat. Wie aber aus den wenigen Ziffern, die wir veröffentlicht haben, hervorgeht, sind diese Leiden zu einem guten Teil gemildert worden durch unseren Verband. Gerade im letzten Jahre hat sich der Deutsche Holzarbeiterverband als der treue Freund, der gute Schutz und Schirm der Holzarbeiter erwiesen. Treues Festhalten am Verband wird uns auch am besten über die Krise hinweg helfen und besseren Zeiten zuführen.

Gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen.

In der Reichsregierung vom 1. Februar hat der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg angekündigt, daß bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherungsgesetze das Krankenversicherungsgesetz eine Änderung nach der Richtung erfahren soll, daß die Beiträge von den Unternehmern und Arbeitern in gleicher Höhe erhoben und dementsprechend die Rechte der beiden Parteien in der Verwaltung der Kassen in gleicher Weise verteilt werden sollen. Die in Aussicht gestellte Veröffentlichung des Gesetzesentwurfes ist bisher nicht erfolgt, aber gleichwohl war die Ankündigung des Staatssekretärs geeignet, Aufsehen und Verwunderung zu hervorzurufen.

Am 23. Oktober vorigen Jahres hat im Reichsamt des Innern eine Konferenz von Krankenkassenvertretern stattgefunden, die von der Regierung zu dem Zweck einberufen war, um sich über die Wünsche der beteiligten Kreise in bezug auf die Kassenreform zu informieren. Diese Konferenz endete mit einer großen Enttäuschung. Dem besten Willen ließ sich kein Material für die so oft ausgesprochene Behauptung beibringen, daß die in der Zeitung der Ortskrankenkassen sitzenden Arbeiter die Kassen zu sozialdemokratischen Zwecken mißbrauchen. Im Gegenteil, die Vertreter der Unternehmer in den Ortskrankenkassen erklärten einmütig, daß gar kein Anlaß vorläge, die größere Vertretung der Arbeitgeber in den Krankenkassen durch die Halbierung der Beiträge zu erkämpfen. Das jetzige Verhältnis habe sich sehr gut bewährt und soll bleiben wie es ist; von einem politischen Mißbrauch der Kassen könne keine Rede sein. Das Ergebnis der Beratung faßte zum Schluß Geheimrat Caspar, der den abgerufenen Staatssekretär vertrat, in folgende Worte zusammen: „Wider alles Erwarten hat der Verlauf der heutigen Beratungen ergeben, daß Arbeitgeber wie Arbeitnehmer die Vorschläge der Regierung auf Halbierung der Beiträge, paritätische Besetzung der Kassenvorstände und unparteiischen Vorsitzenden ablehnen!“

Und nun will die Regierung trotzdem die Halbierung der Beiträge mit allen ihren Folgen zur Durchführung bringen. Das ist um so merkwürdiger, als sich sogar die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, die doch ganz gewiß über

den Verdacht erhaben ist, als ob sie mit der Sozialdemokratie sympathisiere, entschieden gegen einen solchen Plan ausgesprochen hat. In einem Artikel in ihrer Nummer 48 vom vorigen Jahre weist sie auf das Bedenkliche eines solchen Planes, nämlich „in der Verwaltung der Ortskrankenkassen die Sozialdemokraten um jeden Preis schnellstens in die Minorität zu bringen“, hin und drückt zur Unterstützung ihrer Ansicht einen Brief des bekannten Scharfmachers, Kommerzienrat Wend ab.

Dieser Herr hat sich dem Eindruck der erwähnten Konferenz im Reichsamt des Innern, an welcher er teilgenommen hat, nicht entziehen können. Er erklärt offen, daß es mit den angeblichen groben Mißständen in den Ortskrankenkassen nichts ist, und daß es, wenn man genauer hinsieht, den Anschein erweckt, als kämen diese Klagen überwiegend aus den Kreisen unzufriedener Krankenkassenärzte und unzufriedener Krankenkassenbeamten. Herr Wend weist darauf hin, daß in der Konferenz im Reichsamt des Innern keine mit Belegen ausgestatteten Anklagen gegen die Ortskrankenkassen vorgelegt werden konnten, und daß im Gegenteil eine größere Zahl von Arbeitgebern, welche in den Vorständen der Ortskrankenkassen sitzen, diese Kassen in der entschiedensten Weise in Schutz nahmen. Er fährt dann fort: „Solange nur von Außenstehenden Anklagen erhoben werden, und die in der Verwaltung der Ortskrankenkassen tätigen Arbeitgeber solche Anklagen zurückweisen, so lange liegt kein Material vor, welches eine Änderung der Ortskrankenkassen durch die Gesetzgebung rechtfertigt.“

Alle diese Argumente haben auf die Regierung keinen Eindruck gemacht; sie hat es sich in dem Kopf gesetzt, die Selbstverwaltung der Arbeiter dort, wo sie auf Grund der Versicherungsgesetzgebung noch vorhanden ist, zu beseitigen, und ihre Pläne finden trotz Herrn Wend und trotz der „Arbeitgeberzeitung“ den Beifall der Industriellen, zu deren Sprachrohr sich die „Kölnische Zeitung“ macht. In ihrer Nr. 199 vom 24. Februar gibt sie an leitender Stelle einer Zuschrift aus industriellen Kreisen Raum, in welcher die Erklärung des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg mit großer Befriedigung begrüßt wird. Der Artikelschreiber hofft, daß, wenn die Reichsregierung mit der Durchführung ihrer Pläne Ernst macht, die Zustimmung der Industriellen eine ungeheile sein wird, da die gegenteiligen Stimmen aus den Kreisen der Industriellen auf eine Verneinung der wirklichen Sachlage beruhen dürften. In der Tat darf man wohl annehmen, daß sich die Regierung der Zustimmung der maßgebenden Kreise unter den Scharfmachern bereits versichert hat.

Bemerkenswert ist an dem Artikel der „Kölnischen Zeitung“, daß er über die eigentlichen Aufgaben der Krankenkassen vollständig hinwegsieht. Ob die Kassen in bezug auf die Fürsorge für die erkrankten Mitglieder ausreichendes leisten, kommt für ihn gar nicht in Betracht. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß die Ortskrankenkassen vielfach unter sozialdemokratischem Einfluß stehen und daß die zahlreichen Beamtenstellen der Kassen mit Sozialdemokraten besetzt sind. Ob diese ihre Pflichten gegenüber der Kasse ordnungsmäßig erfüllen, wird nicht untersucht, das ist Nebensache. Es genügt, daß es sich um Sozialdemokraten handelt, und denen gegenüber ist jede Vergeßlichkeit gerechtfertigt.

Seine wahre Absicht und den schließlichen Effekt der ganzen Aktion hat der Verfasser des Artikels, freilich wider Willen, verraten, als er schrieb:

„Daß die Einführung der Halbierung der Beiträge zur Krankenversicherung mit ihrer Konsequenz der Gleichteilung der Rechte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vielleicht das einzige Mittel ist, die Herrschaft der Sozialdemokratie in den Krankenkassen zu brechen und damit diese gleichzeitig zu schwächen, bedarf für den Kundigen keines Beweises.“

Natürlich meinte er hier eine Schwächung der Sozialdemokratie, durch seine ungeschickte Ausdrucksweise hat er aber die Schwächung auf die Krankenkassen bezogen, und so unbeabsichtigt die Wahrheit gesagt. Es sind Beweise in Fülle dafür vorhanden, daß verlotterte Krankenkassen erst dann zu einer Blüte gelangt sind, als sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft ihrer Leitung bemächtigt hatte, und so wird tatsächlich die planmäßige Zurückdrängung des Einflusses der Arbeiter zu einer Schwächung und Verschlechterung der Kassen führen.

Inzwischen hat das „Berliner Tageblatt“ nach ihm zugegangenen Informationen von unterrichteter Seite die Hauptpunkte der Bethmann-Hollweg'schen Arbeiterversicherungsreform veröffentlicht. In bezug auf die Krankenversicherung heißt es dort: „Die hieraus (aus der Hälfte-

Die gesamte Jahresausgabe der 32 Verbände betrug 12 181 428 Fr., wovon 8 328 798 Fr. auf die an die Mitglieder ausgeschütteten Unterstüttungen entfallen.

Die Zahl der Streiks und Aussperrungen in allen Verbänden zusammen betrug 755 (1908: 1081), und 51 727 Mitglieder waren insgesamt daran beteiligt.

19 Verbände verfügen über einen oder mehrere bezoldete Beamte, deren Gesamtzahl 185 (1908: 151) beträgt.

Flunkerei in der „Eiche“. Im Hirsch-Dunderfchen Organ der Holzarbeiter, „Die Eiche“, wurden in letzter Zeit durch falsche Information eines hiesigen Berichterstatters die größten Beleidigungen und Tatsachenverdrehungen gegen die hiesige Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes und diese Organisation selbst erhoben.

Die hiesige Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes legte nun den Arbeitern die Frage vor, ob sie irgendwelche Ursache haben, ihrer Ortsverwaltung oder Organisation zu misstrauen, und forderte weiter den Berichterstatter der „Eiche“ auf, den Wahrheitsbeweis seiner größten Verdächtigungen und Beleidigungen zu erbringen.

Folgende Resolution fand mit Ausnahme des Berichterstatters der „Eiche“ einstimmige Annahme: „Die heute am 11. März 1909 stattgefundene sehr gut besuchte Betriebsversammlung der Ammersdörferschen Spiegelfabrik protestiert ganz entschieden gegen die in Nr. 10 des Hirsch-Dunderfchen Organs „Die Eiche“ veröffentlichten entstellenden Tatsachen und verleumderischen Ausführungen des Berichterstatters Schnidler.“

Rheinische Pianofortefabrik-Aktiengesellschaft vorm. C. Mand in Koblenz a. Rh. Im „Tag“ wird geschrieben: Innerhalb der Verwaltung dieser Gesellschaft haben sich allgemein ganz eigenartige und noch der Aufklärung bedürftige Differenzen ergeben.

Die Pianofortefabrik Karl G. Hoffmann (Inhaber Georg Hoffmann), Berlin, Oranienstraße 6, die seit 29 Jahren besteht und die sich in Zahlungsschwierigkeiten befindet, hat vor einigen Tagen, wie der „Confectionair“ erzählt, den Konkurs angemeldet.

Holzindustrie-Argonne Schütt, Aktiengesellschaft, Geseß Wbr. In 1908 hat sich die Unterbilanz weiter erhöht, was in der Hauptsache auf Verluste auf Forderungen an die Berliner Bauunternehmerkundschaft zurückzuführen ist.

Der Nationalverband der Holzarbeiter in Belgien hat noch im alten Jahre eine vollständige Aenderung seiner Verfassung und inneren Einrichtungen durchgeführt.

Der Reichsarbeiterverband hat im letzten Jahre seine Mitgliederzahl um 5000 vermehrt.

Die freiwillige Mitgliedschaft bei den Betriebskassen. Bekanntlch haben doch Krankenkassennmitglieder nach § 27 des Krankenversicherungsgesetzes das Recht, wenn sie aus der die Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung ausscheiden und nicht zu einer Beschäftigung übergehen, vermöge welcher sie Mitglieder einer anderen Krankenkasse werden“ usw. Mitglieder der Kasse zu bleiben, wenn sie sich im „Gebiete des Deutschen Reiches aufhalten und ihre dahingehende Absicht binnen einer Woche dem Kassenvorstand anzeigen“.

Gewerkschaftliches.

Ein Streik um längere (!) Arbeitszeit. In der Steinplattenfabrik Vereinigte Gerbauwerke in Ehrang bei Trier haben kürzlich die im katholischen Arbeiterverein (Nachabteilung Berlin-Trierer Richtung) „organisierten“ Arbeiter gestreikt.

Bewertung gewerkschaftlicher Tätigkeit. Im zweiten Heft des „Reichsarbeitsblattes“ von diesem Jahre wird in

einem Artikel die Lohnstatistik in Deutschland behandelt. Der Verfasser führt zuerst die amtlichen Veröffentlichungen auf, erwähnt dann die Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerksvereine, sowie eine statistische Erhebung der Hirsch-Dunderfchen Gewerksvereine und bemerkt schließlich: Diese Erhebung... bildet einen Uebergang zu der Hauptmasse der von Arbeiterverbänden veröffentlichten Lohnstatistischen Untersuchungen, den außerordentlich zahlreichen, zum Teil sehr eingehenden Lohnstatistischen Erhebungen der freien Gewerkschaften.

Der Bergarbeiterverband hat im letzten Jahre seine Mitgliederzahl um 5000 vermehrt.

Der Hafnarbeiterverband war Ende des Jahres 1908 an 84 Tarifverträgen für 959 Betriebe, in denen 25 702 Personen beschäftigt waren, beteiligt.

Soziale Rechtspflege.

Die freiwillige Mitgliedschaft bei den Betriebskassen. Bekanntlch haben doch Krankenkassennmitglieder nach § 27 des Krankenversicherungsgesetzes das Recht, wenn sie aus der die Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung ausscheiden und nicht zu einer Beschäftigung übergehen, vermöge welcher sie Mitglieder einer anderen Krankenkasse werden“ usw. Mitglieder der Kasse zu bleiben, wenn sie sich im „Gebiete des Deutschen Reiches aufhalten und ihre dahingehende Absicht binnen einer Woche dem Kassenvorstand anzeigen“.

Arbeitslosigkeit im Monat Februar 1909.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Arbeitslose auf der Reise, and Unterstüttung haben erhalten. Rows include Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, Dresden, Chemnitz, etc., and monthly data for 1909.

Die Zahlstellen, welche nicht berichtet haben, sind: Marienburg, — Brunsbüttel, — Freientwalde, Rallberge, — Altenberg, — Hildburghausen, — Wilhelmshaven, — Delligsen, — Gaan, Bieren, — Diedenhofen, Kirchheim b. S., — Holzgerlingen, Leutkirch, Mosbach und Dos.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Table comparing unemployment statistics for 1905-1909, showing numbers of unemployed workers and percentages per 100 employees.

